

# Frankreich

Joachim Schild

Die französische Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2012 wirft ihre Schatten schon weit voraus. Dies gilt insbesondere in den innenpolitisch hochsensiblen Bereichen des Umgangs mit Einwanderern und ethnischen Minderheiten. Staatspräsident Sarkozy hat sich zur Erhöhung seiner Wiederwahlchancen für eine politische Strategie entschieden, die Angebote an potentielle Wähler der rechtspopulistischen Front national vorsieht. Deren Umfragewerte sind nach dem Generationenwechsel an der Parteispitze von Jean-Marie Le Pen zu dessen Tochter deutlich gestiegen, Sarkozys eigene Popularitätswerte bewegen sich auf einem Rekordtief. Nicolas Sarkozy reagierte auf diese politische Herausforderung mit einem verschärften Kurs der Einwanderungskontrolle und der Diskriminierung von Minderheiten, insbesondere von Roma. Auch die temporäre Grenzschießung gegenüber Italien und die gemeinsam mit diesem Land erhobene Forderung nach einer Neufassung der Schutzklauseln im Schengener Abkommen sowie die gemeinsam mit Deutschland betriebene Verzögerung des Beitritts Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum legen Zeugnis ab vom wachsenden Gewicht der Innenpolitik in der französischen Europapolitik.

Im Vergleich zu den ersten Amtsjahren des Präsidenten 2007-2009 erscheint die französische Europapolitik insgesamt defensiver und reaktiver. Eine proaktive französische Haltung konnte – nach anfänglichem Zögern – allerdings im Umgang mit dem „arabischen Frühling“ und insbesondere in der Frage militärischer Zwangsmaßnahmen gegen Libyen beobachtet werden. Beherrschendes Thema blieb jedoch, wie schon im Vorjahr, der Umgang mit der Staatsschuldenkrise im Euroraum und die Reform des Regelwerks der Eurozone.

## Staatsschuldenkrise und Gouvernanz der Eurozone

Die Beruhigung an den internationalen Finanzmärkten nach dem Griechenlandrettungspaket und dem Aufbau des europäischen Rettungsfonds EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus für Eurozonenländer im Mai 2010 sollte nur von kurzer Dauer sein. Die Lage in Irland spitze sich im November rasch zu, verursacht durch die eskalierenden Kosten der staatlichen Rettung des irischen Bankensektors. Frankreich drängte die irische Regierung gemeinsam mit Deutschland und anderen EU-Partnern zur Annahme von Krediten aus den Europäischen Rettungsfonds, nicht zuletzt um Ansteckungsgefahren für Portugal und Spanien zu minimieren. Die gemeinsam mit Wolfgang Schäuble vorgebrachte Forderung der französischen Wirtschaftsministerin Lagarde an Irland, seine niedrigen nominalen Körperschaftssteuersätze (12,5%) zu erhöhen, war jedoch nicht durchsetzbar – eine rote Linie für die irische Regierung. Letztere hatte gute Argumente auf ihrer Seite, ist doch die effektive Unternehmensbesteuerung in Frankreich niedriger als in Irland, dem Paris „Fiskaldumping“ vorwarf.<sup>1</sup>

---

1 Vgl. The Economist: Tax torment: By picking on Ireland, the euro zone shows a worrying side to its 'economic government', 17.3.2011.

Im Zuge der Verhandlungen zum europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der 2013 den temporären EFSF und den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) ablösen soll, sowie im Kontext der Verhandlungen über ein neuerliches Rettungspaket für Griechenland im Frühsommer 2011 nahm die Frage der Beteiligung privater Gläubiger und die Möglichkeit einer Restrukturierung von Staatsschulden einen zentralen Platz ein. Diese Möglichkeit war insbesondere von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wolfgang Schäuble wiederholt gefordert worden. Paris hingegen befürchtete als Folge solcher Regelungen eine Erhöhung der Finanzierungskosten nicht nur für Krisenländer, sondern auch für Frankreich selbst. Im gesamten Verlauf der Eurozonenkrisis blieb dabei die Wahrung eines AAA-Ratings für Frankreich, und damit günstige Refinanzierungsbedingungen für seine wachsende Staatsschuld (laut Kommission 87% des BIP im Jahr 2012), ein zentrales Handlungsmotiv.

Im Falle Griechenlands bewertete Frankreich, im Einklang mit der Europäischen Zentralbank, die Gefahr einer erneut eskalierenden Bankenkrise höher als Deutschland. Die zunächst kompromisslose Ablehnung einer Umschuldung Griechenlands<sup>2</sup> wich anlässlich des Treffens zwischen Sarkozy und Merkel am 17. Juni 2011 in Berlin einer vorsichtigen Zustimmung zur Beteiligung privater Gläubiger auf strikt freiwilliger Basis, wobei die konkrete Ausgestaltung im Einvernehmen mit der EZB zu erarbeiten sei.<sup>3</sup> Dieser bilateral ausgehandelte Ansatz bestimmte dann auch die gemeinsame EU-Linie.

Die Zurückhaltung in Paris bezüglich der Beteiligung privater Gläubiger hängt gewiss auch damit zusammen, dass französische Banken in Griechenland in besonderem Maße exponiert sind. Zum 31.12.2010 hielten sie griechische Staatsschuldstitel im Wert von mehr als 13 Mrd. Euro. Insgesamt beläuft sich die Ausleihsumme an öffentliche und private griechische Kreditnehmer Ende 2010 auf rund 57 Mrd. Dollar (Ende 2009: 79 Mrd. Dollar). Damit ist der französische Bankensektor gegenüber Griechenland deutlich exponierter als der deutsche (Ende 2010: 34 Mrd. Dollar) oder der britische (Ende 2010: 14 Mrd. Dollar).<sup>4</sup> Diese Risiken haben die Ratingagentur Moody's veranlasst, die Bonität französischer Banken (BNP Paribas, Société Générale und Crédit agricole) auf eine mögliche Herabstufung hin zu überprüfen.<sup>5</sup> Nicht zuletzt aus diesem Grund haben französische Banken gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft und dem Finanzministerium längerfristige Konzepte einer Unterstützung Griechenlands unter Beteiligung von Privatbanken entwickelt. Diese Vorschläge sehen u.a. vor, dass europäische Banken rund 50 Prozent der Rückzahlungssumme von fällig werdenden griechischen Staatsanleihen in neue Anleihen mit einer auf 30 Jahre verlängerten Laufzeit eintauschen. Weitere 20 Prozent der Rückzahlungssumme sollten zur Risikoabsicherung in Anleihen der höchsten Bonität (AAA) investiert werden.<sup>6</sup> Dieser Vorschlag, für den sich die deutsche Regierung und auch Bankenvertreter offen zeigten, ist zu einem wichtigen Bezugspunkt in der laufenden Debatte über die Beteiligung privater Gläubiger an einem Lösungsmodell für Griechenland geworden.

---

2 Vgl. das Interview von Wirtschaftsministerin Christine Lagarde, in: Figaro, 11.5.2011.

3 Vgl. Spiegel Online: Einigung in Berlin: Merkel und Sarkozy wollen private Gläubiger an Griechenland-Hilfe beteiligen, 17.6.2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-768961,00.html>.

4 Vgl. Sénat: Rapport d'information (No 645) fait au nom de la commission des affaires européennes sur la crise économique et financière en Grèce par MM. Jean-François Humbert et Simon Sutour, Paris, 15. Juni 2011, S. 15 und 20, URL: <http://www.senat.fr/rap/r10-645/r10-6451.pdf>.

5 Vgl. New York Times: Moody's to Review French Banks Over Greek Exposure, 15.6.2011.

6 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Frankreichs Banken wollen Griechenland helfen, 28.6.2011.

Auch im Falle des permanenten europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) konnte Frankreich durchsetzen, dass eine Schuldenrestrukturierung von Fall zu Fall und nur als allerletztes Szenario denkbar wird, wenn nämlich ein Staat von Seiten der Kommission, der EZB und des IWF nicht nur für illiquide, sondern insolvent erklärt wird. Zu diesem Zweck werden auf Drängen Deutschlands ab 2013 in neue Staatsschuldentitel Umschuldungsklauseln eingefügt, die eine mehrheitliche Einigung der Gläubiger auf einen Forderungsverzicht im Falle der Insolvenz auch gegen Widerstände einzelner Gläubiger möglich machen. Die Kernpunkte der ESM-Ausgestaltung gehen auf eine enge Abstimmung zwischen Paris, Berlin sowie der Präsidenten der Kommission und des Europäischen Rates, Barroso und Van Rompuy, zurück.<sup>7</sup>

Auch in anderen wichtigen Reformfragen konnten deutsch-französische Positionsdifferenzen mit bilateralen Kompromissen überbrückt werden, die innerhalb des Rates teilweise gegen Widerstände durchgesetzt werden konnten. Dies gilt vor allem für ein zwischen Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel vereinbartes „Tauschgeschäft“ zur Reform der Eurozonenregeln anlässlich ihres informellen Treffens in Deauville am 18.-19. Oktober 2010. Deutschland unterstützte Frankreich in seiner Ablehnung einer „quasi-automatischen“ Verhängung von Sanktionen im Rahmen des Verfahrens zur Korrektur exzessiver Defizite gegen regelverletzende Eurozonenmitglieder. Die Kommission hatte vorgeschlagen, Sanktionen verhängen zu können, wenn keine qualifizierte Mehrheit im Rat dagegen stimmt.<sup>8</sup> Als Gegenleistung erhielt Deutschland von Frankreich Unterstützung für sein Ziel, die europäischen Verträge zu ändern, um dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus eine vertragsrechtliche Grundlage zu geben, die auch „verfassungsgerichts-fest“ ist. Die Umstände, wie dieser bilaterale Kompromiss auf Spitzenebene verhandelt und dann den parallel in Luxemburg tagenden Finanzministern per Pressemitteilung zur Kenntnis gebracht wurde, ist von Beobachtern wie Beteiligten als eine Art deutsch-französisches „Diktat“ empfunden worden.<sup>9</sup>

Einig waren sich Sarkozy und Merkel in ihrer Ablehnung des vom Vorsitzenden der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, und dem italienischen Finanzminister Giulio Tremonti ins Spiel gebrachten Vorschlags gemeinsam ausgegebener Euro-Anleihen.<sup>10</sup> Der französische Europaminister Laurent Wauquiez ließ sich jedoch mit dem Vorschlag von „Projekt-Anleihen“ vernehmen, worunter er finanzielle EU-Garantien für große europäische Investitionsprojekte versteht.<sup>11</sup>

In Bezug auf die Verschärfung des Regelwerks der Eurozone, die in einer politischen Übereinkunft des Europäischen Rats am 24. März 2011 festgeschrieben wurde, hat Frankreich die Stärkung des präventiven und korrektiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die stärkere Berücksichtigung des Gesamtschuldenstandes mitgetragen – und damit auch die Möglichkeit eines Sanktionsverfahrens nicht erst bei Überschreiten der 3-Prozent-Defizitgrenze, sondern schon, wenn sich Gesamtverschuldung von einem nachhal-

7 Vgl. FT.com: France and Germany agree mechanism for future crises, 28.11.2010, URL: <http://www.ft.com/cms/s/0/ef45ed34-fb08-11df-b576-00144feab49a.html#axzz1RET0FGBi>.

8 Vgl. die deutsch-französische Erklärung von Deauville vom 18.10.2010, URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2010/10/2010-10-19-pm-deutsch-franzoesische-erklaerung.html>.

9 Vgl. Les Echos: Déficits: les eurodéputés dénoncent un „diktat“ franco-allemand, 20.10.2010.

10 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Sarkozy und Merkel gegen Euro-Anleihen, 10.12.2010.

11 Vgl. das Interview mit Laurent Wauquiez, in: Le Monde, 15.1.2011.

tigen Pfad entfernt. Auch die in Berlin ausgearbeitete Initiative für einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“, die der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung 2011 als „Euro-Plus-Pakt“ auf den Weg brachte, fand Unterstützung in Frankreich und wurde so zur deutsch-französischen Initiative. Dabei wurde die ursprüngliche Intention der Bundesregierung verwässert, eine klare Orientierung in der Renten-, Lohn- und Steuerpolitik an den wettbewerbsfähigsten Staaten festzuschreiben. Frankreich vertrat stärker eine Harmonisierungsperspektive, die Wettbewerbsdruck zwischen Steuer- und Sozialsystemen reduzieren würde.

Die französischen Vorstellungen zu einer Wirtschaftsregierung in der Eurozone präzierte Christine Lagarde folgendermaßen: „Künftig muss jeder EU-Staat berücksichtigen, wie sich seine Wirtschaftspolitik auf die anderen auswirkt. Wer seine Exportbilanz aufbessern und Investitionen in einem Bereich erhöhen will, der tangiert damit die anderen EU-Staaten. Eine Wirtschaftsregierung bedeutet, vorher die Zustimmung der anderen einzuholen.“ Ganz im Sinne des Formats des Euro-Plus-Paktes, dem auch die Nicht-Euro-Staaten Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien beigetreten sind, propagierte sie die Formel „16 plus“ für eine europäische Wirtschaftsregierung.<sup>12</sup> Die zentrale Rolle des Europäischen Rates als europäische Wirtschaftsregierung hob Präsident Sarkozy hervor, der von einem „Regierungsrat“ (Conseil de gouvernement) sprach und betonte, dass Frankreich seine Ziele im Hinblick auf die Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung auf EU-Ebene verankern konnte.<sup>13</sup> Dies gilt allerdings nicht für die französische Forderung einer stärkeren Institutionalisierung der Eurozone durch die Schaffung eines intergouvernementalen Sekretariats.

Insgesamt ist eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung seitens des Staatspräsidenten und seiner Mehrheit in der Thematisierung der Staatsschuldenkrise zu erkennen. Diese erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass der Front national einen 12-Punkte-Plan zum Euro-Ausstieg Frankreichs vorgelegt hat, den die Vorsitzende Marine Le Pen zu einem Kernthema ihres Präsidentschaftwahlkampfes zu machen gedenkt.

### **Abgrenzungsdiskurse und -praktiken**

Ein Zerwürfnis der besonderen Art war im Sommer 2010 zwischen Frankreich und der EU-Kommission infolge der massenweisen Abschiebung von Roma aus Frankreich zu konstatieren. Nachdem ein junger Rom bei einer Verkehrskontrolle erschossen wurde, war es im Juli in zwei Städten zu gewaltsamen Konflikten von Roma mit der Polizei gekommen. Staatspräsident Sarkozy berief daraufhin am 28. Juli 2010, ganz auf Medienwirkung bedacht, eine Konferenz zu „Roma und anderen Landfahrern“ im Elysée-Palast ein. Kurz darauf wurden zahlreiche illegale Wohncamps von Roma von der Polizei aufgelöst und rund 1.000 Roma in ihre Herkunftsländer Bulgarien und Rumänien abgeschoben, da sie die öffentliche Ordnung gefährdeten. Die französischen Behörden haben Erwachsenen 300 € und Kindern 100 € für ihre „freiwillige Rückkehr“ (so die offizielle Lesart) gezahlt. Insgesamt schickte Frankreich in 2010 rund 9000 Roma – Bürger eines anderen EU-Mitgliedslands – in ihre Heimatländer zurück, ein durchaus außergewöhnlicher Vorgang zwischen EU-Staaten.

---

12 Vgl. das Interview mit Wirtschafts- und Finanzministerin Lagarde, in: Süddeutsche Zeitung: Wir werden bedingungslos sparen, 23.12.2010.

13 Vgl. Conseil européen: Conférence de presse du président de la République, Nicolas Sarkozy, Brüssel, 25.3.2011.

In einem bekannt gewordenen Runderlass des Innenministeriums vom 5. August war ein gezieltes und diskriminierendes Vorgehen gegen Roma angeordnet worden, das offenkundig gegen die Europäische Grundrechtecharta verstieß. Das Europäische Parlament verurteilte die Roma-Politik Frankreichs, ebenso der UNO-Ausschuss für die Beseitigung von Rassendiskriminierung in Genf. Auch Papst Benedikt XVI. war mit kritischen Äußerungen zu vernehmen. Der Runderlass des Innenministeriums wurde nach seinem Bekanntwerden und der Androhung eines Vertragsverletzungsverfahrens seitens der EU-Kommission zurückgenommen.

Öl auf das Feuer goss Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, die von einer „Schande“ sprach – „ich dachte nicht, dass wir das noch einmal erleben müssen nach dem Zweiten Weltkrieg“, so die Kommissarin in offenkundiger Anspielung auf Deportationen der Nationalsozialisten.<sup>14</sup> Dies führte zu heftigen Reaktionen von Staatspräsident Sarkozy anlässlich der Herbsttagung des Europäischen Rats. Und Europaminister Pierre Lellouche hielt der Kommission vor, so nicht mit großen Mitgliedstaaten umspringen zu können.<sup>15</sup>

Die Kommission sah nicht nur das Diskriminierungsverbot der Verträge verletzt, sondern auch das vertraglich verbrieftete Recht auf Bewegungsfreiheit von EU-Bürgern. Sie stellte der französischen Regierung Ende September ein Ultimatum, bis Mitte Oktober die Freizügigkeitsrichtlinie von 2004 in französisches Recht umzusetzen. Diese definiert Verfahrensrechte für EU-Bürger im Falle von Ausweisungen, etwa individuelle Fallprüfungen im Hinblick auf persönliche Umstände und Aufenthaltsdauer, die im Falle der ausgewiesenen Roma offenbar nicht durchgeführt wurden. Paris lenkte ein und konnte somit ein angekündigtes Vertragsverletzungsverfahren vermeiden.<sup>16</sup>

Das Thema Freizügigkeit im Schengenraum stand auch im Mittelpunkt einer Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Italien. Italien hatte Flüchtlingen aus Tunesien ein vorläufiges Schengen-Visum ausgestellt, das ihnen freien Reiseverkehr im Schengenraum für 90 Tage erlaubt. Zuvor waren die Rufe Roms nach europäischer Lastenteilung angesichts von rund 25.000 Flüchtlingen, die vorwiegend auf der Insel Lampedusa anlandeten, ungehört verhallt. Frankreich reagierte, indem es Mitte April 2011 Zügen mit tunesischen Migranten aus dem italienischen Ventimiglia die Grenzüberfahrt nach Frankreich verwehrte.

Nicht der tatsächliche Problemdruck war für Paris entscheidend, handelte es sich doch nur um wenige tausend Flüchtlinge aus dem Maghreb. Der innenpolitische Hintergrund bestand darin, dass Front national-Parteichefin Marine Le Pen sich des Themas bemächtigt und eine medienwirksame Reise nach Lampedusa unternommen hatte, um vor den „Fluten“ von maghrebischen Einwanderern zu warnen und den Austritt Frankreichs aus dem Schengenraum zu fordern.

Gemeinsam mit Italien setzte Frankreich dann eine außerordentliche Ratstagung der Innenminister am 12. Mai 2011 in Brüssel zum Funktionieren der Gouvernanz des Schengenraums durch. Dabei ging es Paris um eine Erweiterung der Kriterien, die eine zeitlich befristete Wiedereinführung von Grenzkontrollen erlauben. Die EU-Kommission hat diesem Anliegen einer Ausweitung der Kriterien Anfang Mai 2011 erstaunlich rasch im

14 Vgl. Zeit Online: Frankreich steht wegen Roma-Abschiebung Strafverfahren bevor, 14.9.2010.

15 Vgl. Süddeutsche Zeitung: Ein Riss im gemeinsamen Haus, 17.9.2010.

16 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Vorerst keine EU-Klage gegen Frankreich, 20.10.2010.

Grundsatz zugestimmt. Frankreich wollte aber mehr als nur eine Klärung der Interpretation des bestehenden Regelwerks und drängte auf einen neuen gesetzlichen Rahmen, der die Kriterien zur befristeten Wiedereinführung von Grenzkontrollen sowie auch für Hilfsleistungen an Herkunftsländer festlegen soll. Der Europäische Rat vom 23.-24. Juni 2011 ersuchte daraufhin die Kommission um einen Vorschlag, wie ein Mitgliedstaat unterstützt werden könne, „dessen Außengrenzen einem hohen Druck ausgesetzt“ sind und nach welchen objektivierbaren Kriterien eine zeitlich befristete Wiedereinführung von Grenzkontrollen „in wahrhaft kritischen Situationen“ (...) „in denen ein Mitgliedstaat nicht mehr in der Lage ist, seine Verpflichtungen gemäß den Schengen-Vorschriften zu erfüllen“, ermöglicht werden könnte.<sup>17</sup> Gemeinsam mit Deutschland will Frankreich dabei verhindern, dass die Kommission diese Reformen nutzt, um ihre Kontrollrechte gegenüber den Mitgliedstaaten in Bezug auf mögliche Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums zu stärken. Gemeinsam mit Deutschland blockiert Frankreich auch seit Monaten den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum. Frankreich fordert darüber hinaus eine Wiederbelebung des Projekts eines europäischen Grenzschutzkorps.<sup>18</sup>

Schutz- und Abgrenzungsdiskurse haben in Paris auch in Bezug auf die Außenhandelspolitik derzeit Konjunktur. Der EU-Außenhandelspolitik wird vom Staatspräsidenten und von Regierungsmitgliedern regelmäßig eine „Naivität“ vorgeworfen, da sie eine asymmetrische Offenheit für Produkte von Handelspartnern an den Tag lege, „Sozial- und Umweltdumping“ akzeptiere und keine strikte Reziprozität in handelspolitischen Zugeständnissen durchsetze. Dabei stehen der Präsident und seine Mehrheitsparteien innenpolitisch unter deutlichem Druck, da nicht nur die extreme Rechte und Linke Handelsprotektionismus zum Programm erheben. Auch die Parti socialiste hat in ihrem Programmentwurf für die Präsidentschaftswahlen eine Hinwendung zu protektionistischen Forderungen vollzogen. „Europa“, so kann man im sozialistischen „Projekt“ für die Präsidentschaftswahlen lesen, „ist der einzige Kontinent, der sich selbst den Freihandel auferlegt in einer Welt, die nicht aufhört davon abzuweichen“. Im Falle des Scheiterns der multilateralen Doha-Handelsrunde der WTO solle die EU flexible und temporäre „Schleusen“ installieren, d.h. höhere Zölle auf Produkte aus Ländern erheben, die internationale Sozial-, Sanitär- oder Umweltnormen nicht beachten.<sup>19</sup>

### **Arabischer Frühling und Libyen-Intervention**

Eine europäische Führungsrolle suchte Frankreich im Kontext der Revolten in arabischen Staaten seit dem Frühling 2011. Dabei wurde Paris trotz seiner engen Bindungen insbesondere an Tunesien von den arabischen Protestbewegungen ebenso überrascht wie andere Akteure. Präsident Sarkozy stellte selbstkritisch fest, dass die französische Diplomatie in der Vergangenheit Stabilität und den Kampf gegen den Islamismus höher bewertete als den Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte.<sup>20</sup> Auch war die anfängliche Reaktion alles andere als glücklich. So hatte die damalige Außenministerin Michèle Alliot-Marie wenige Tage bevor der tunesische Staatpräsident Ben Ali fluchtartig das Land

---

17 Vgl. die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23.-24.6.2011, Brüssel, 24.6.2011, S. 8.

18 Vgl. *Le Monde*: Bruxelles restreint les règles de la libre circulation dans l'espace Schengen, 13.5.2011.

19 Vgl. *Projet socialiste pour 2012* (URL: [www.projetsocialiste2012.fr](http://www.projetsocialiste2012.fr)), hier: S. 17. Übersetzung: JS.

20 Vgl. das Interview von Staatspräsident Nicolas Sarkozy in der Wochenzeitung *L'Express* 4. Mai 2011 – Auszüge –, in: *Frankreich-Info*, hrsg. von der Französischen Botschaft in Berlin, 9.5.2011. [http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf/Sarkozy\\_express.pdf](http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf/Sarkozy_express.pdf).

verließ der tunesischen Regierung noch französisches Know-how in der polizeilichen Reaktion auf Aufstände angeboten. Sie musste ihren Hut nehmen. Der personelle Wechsel zum außenpolitisch erfahrenen Alain Juppé sollte, so der Staatspräsident, eine „neue Ära“ einläuten.<sup>21</sup>

Nach anfänglichen Unsicherheiten versuchte Paris dann rasch, die Initiative zurückzugewinnen, europäische Antworten auf die sich ankündigenden epochalen Umwälzungen am Südufer des Mittelmeeres zu finden und sich als Partner der Reformkräfte zu positionieren.

In gemeinsamen Stellungnahmen mit Deutschland und Großbritannien, dann auch noch mit Italien und Spanien drängte Paris den ägyptischen Machthaber Mubarak zu einem politischen Wandel.<sup>22</sup> In Anbetracht der Eskalation der Ereignisse in Libyen versuchten Nicolas Sarkozy und David Cameron gemeinsam, die europäischen Partner zu einem EU-Sondergipfel zu Libyen zu bewegen, dem Berlin aber eher skeptisch gegenüberstand.<sup>23</sup> Die Libyenkrise war für Paris eine willkommene Gelegenheit für eine enge französisch-britische Kooperation auf diplomatischer wie militärischer Ebene. Frankreich und Großbritannien trieben die Entscheidungsfindung im UN-Sicherheitsrat zur Resolution 1973 entscheidend voran, die sie gemeinsam mit dem Libanon eingebracht hatten und die die militärische Durchsetzung einer Flugverbotszone sowie den Schutz der libyschen Zivilbevölkerung völkerrechtlich legitimierte. Sie konnten damit die zögernde US-Administration zum Handeln bewegen und trugen auf europäischer Seite die Hauptlast der massiven Luftangriffe gegen die regimetreuen Verbände von Machthaber Gaddafi. Paris und London sind damit erstmals seit der Suez-Krise von 1956 wieder militärische Hauptakteure im Nahen und Mittleren Osten. Auch sandte Paris, im Einklang mit London und Rom, Militärberater nach Libyen, um den Aufständischen zu einer verbesserten militärischen Organisation zu verhelfen<sup>24</sup> und lieferte den Rebellen auch Waffen und Munition.<sup>25</sup> Nach anfänglicher Zurückhaltung in Bezug auf eine militärische Führungsrolle der NATO in diesem Konflikt lenkte Paris ein und forderte wenig später von der NATO ihre militärischen Aktivitäten gegen die Gaddafi-Truppen zu intensivieren.<sup>26</sup>

Auch gegenüber Syrien war Frankreich diplomatisch sehr aktiv und drängte auf EU-Sanktionen. Paris versuchte im Sicherheitsrat der UNO, gemeinsam mit seinen europäischen Partnern Großbritannien, Deutschland und Portugal, eine Resolution zur Verurteilung der syrischen Unterdrückung voranzutreiben, die jedoch am Widerstand Russlands und Chinas scheiterte.<sup>27</sup>

Im Kontext des Libyenkonflikts war Frankreich durchaus nicht geneigt, sämtliche diplomatischen Schritte eng mit seinen europäischen Partnern abzustimmen. Dies gilt insbesondere für die Anerkennung des Übergangsrats der libyschen Rebellen als legitimer Repräsentant des libyschen Volkes, die die europäischen Partner, nicht zuletzt Deutschland, überraschte. „Wir sind nicht konsultiert worden“, so Außenminister Westerwelle.<sup>28</sup>

21 Vgl. *The Economist*: Nicolas Sarkozy's diplomatic troubles, 3.3.2011.

22 Vgl. *Le Monde*: Londres, Paris et Berlin appellent à un 'processus de changement' en Egypte, 1.2.2011.

23 Vgl. Joint statement by French President Nicolas Sarkozy and British Prime Minister David Cameron, 28.3.2011, [http://www.diplomatie.gouv.fr/en/article\\_imprim.php?id\\_article=15306](http://www.diplomatie.gouv.fr/en/article_imprim.php?id_article=15306).

24 Vgl. *Le Monde*: Paris, Londres et Rome accentuent leur engagement dans le conflit libyen, 22.4.2011.

25 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Paris liefert libyschen Rebellen Waffen, 30.6.2011.

26 Vgl. *FAZ.Net*: Frankreich wirft Nato mangelndes Engagement vor, 14.4.2011, <http://www.faz.net/artikel/C32315/libyen-frankreich-wirft-nato-mangelndes-engagement-vor-30333926.html>.

27 Vgl. *Le Monde*: L'onde de choc syrienne, impasse diplomatique et crise humanitaire, 14.6.2011.

Die zögerliche Haltung der deutschen Bundesregierung und ihre Enthaltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Resolution 1973 wurden in Paris mit ungewohnt deutlichen Worten kritisiert. Er könne sich nicht erinnern, so wurde Außenminister Juppé zitiert, „wann Deutschland und Frankreich zuletzt in einer entscheidenden außenpolitischen Frage so große Divergenzen aufwiesen“.<sup>29</sup> Die deutsche Haltung bescherte Präsident Sarkozy eine durchaus willkommene Gelegenheit, eine politisch-diplomatische Führungsrolle wahrzunehmen, nachdem Frankreich über Monate hinweg in der Eurozonenkrise eher als Juniorpartner einer selbst- und machtbewussten Bundesrepublik aufgetreten war.

Die Erfahrung des diplomatischen wie militärischen Umgangs mit dem „arabischen Frühling“ und insbesondere mit Libyen und die militärische Zurückhaltung der Bundesrepublik haben die schon zuvor in Paris erkennbaren Zweifel an der Leistungsfähigkeit und dem Entwicklungspotential der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union weiter verstärkt. Damit gewinnt die diplomatische, militärische und rüstungswirtschaftliche Kooperation mit Großbritannien auf bilateraler Ebene weiter an Bedeutung. Sie war in zwei sehr ambitionierten französisch-britischen Verträgen zur Sicherheits- und Verteidigungskooperation vom 2. November 2010 schon sichtbar zum Ausdruck gekommen.<sup>30</sup> Großbritannien als Hauptpartner für Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, Deutschland als Hauptpartner in europäischen Wirtschafts- und Währungsfragen, dies scheint in Paris die Schlussfolgerung aus den Entwicklungen des vergangenen Jahres zu sein.

### Weiterführende Literatur

Sergio Carrera/Anaïs Faure Atger: L'affaire des Roms. A Challenge to the EU's Area of Freedom, Security and Justice, Centre for European Policy Studies, Brüssel, September 2010, <http://www.ceps.eu/ceps/download/3746>.

Claire Demesmay u.a. (Hrsg.): La France et l'Allemagne face aux crises européennes, Pessac 2010.

Ronja Kempin/Jocelyn Mawdsley/Stefan Steinicke: Abkehr von der GSVP?: Französisch-britischer Bilateralismus in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2010, [www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=7581](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=7581).

Joachim Schild: Quel leadership franco-allemand en matière de gouvernance économique européenne?, in: *Annuaire Français des Relations Internationales* Vol. XII/2011, La Documentation Française/Bruylant, S. 493-510.

---

28 Vgl. *Le Monde*: L'embarras des Occidentaux face à la guerre en Libye, 12.3.2011.

29 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Frankreich freut und ärgert sich, 19.3.2011.

30 Vgl. *Déclaration franco-britannique sur la coopération de défense et de sécurité*, London, 2.11.2010, [www.elysee.fr/president/root/bank/pdf/president-9948.pdf](http://www.elysee.fr/president/root/bank/pdf/president-9948.pdf).